

Bericht des Gemeinderats zum Anzug Hans-Rudolf Hettesheimer und Kons. betreffend klimaneutrale Verwaltung

1. Anzug

Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat an seiner Sitzung vom 24. September 2008 den Anzug Hans-Rudolf Hettesheimer und Kons. betreffend „klimaneutrale Verwaltung“ mit folgendem Wortlaut überwiesen:

"Der Bericht des Klimarats (IPCC) über die Erwärmung des Klimas hat grosses Aufsehen erregt. Auch in der Schweiz bekommen wir die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren (z.B. Ansteigen der durchschnittlichen Temperatur). Als Gemeinde können wir das Weltklima nicht verändern. Mit unseren Kenntnissen, technischen sowie finanziellen Mitteln tragen wir aber eine hohe Verantwortung. Wir können aufzeigen, was möglich ist, unsere Vorbildfunktion wahrnehmen und unseren Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses mit handfesten Massnahmen leisten.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Gemeinderat zu prüfen und zu berichten,

- ob der Gemeinderat bereit ist, die Bestrebung zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft, bzw. zur Reduktion der Klimaerwärmung als Schwerpunkt in seinen nächsten Politikplan aufzunehmen und daraus Massnahmen abzuleiten.
- mit welchen Massnahmen in Riehen eine klimaneutrale Verwaltung erreicht werden kann.
- wie, wann und mit welchen Kostenfolgen die Massnahmen für eine klimaneutrale Riehener Verwaltung umgesetzt werden können."

sig. Hans-Rudolf Hettesheimer
Martin Abel
Daniel Albietz
David Atwood
Niggi Benkler
Roland Engeler-Ohnemus
Marianne Hazenkamp-von Arx
Salome Hofer
Monika Kölliker-Jerg
Maja Kopp-Hamberger

Roland Lötscher
Rolf Meyer
David Moor
Margret Oeri-Valerius
Annemarie Pfeifer-Eggenberger
Andrea Pollheimer
Franziska Roth-Bräm
Heinrich Ueberwasser
Guido Vogel
Felix Werner



2. Bericht des Gemeinderats

Klimawandel weltweit

Der Klimawandel war in den letzten Wochen durch die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen stark in den Medien präsent. Ziel der Klimakonferenz war es, ein Nachfolgeregime für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu entwickeln. Das Kyoto-Protokoll ist bislang das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument der Klimaschutzpolitik. Im Kyoto-Protokoll selber sind nur vergleichsweise geringe Verpflichtungen der Industrieländer zur Reduktion ihres Ausstosses an Treibhausgasen festgeschrieben, so dass aus Sicht des Klimaschutzes zur Eindämmung der globalen Erwärmung eine Post-Kyoto-Regelung dringend nötig erscheint.

Unabhängig davon, ob auf internationaler Ebene verbindliche Vereinbarungen zur Eindämmung der globalen Erwärmung erzielt werden können, ist es grundsätzlich sinnvoll, auf lokaler Ebene nachhaltige Massnahmen zur Reduktion der umweltbelastenden Co₂-Emissionen zu prüfen und umzusetzen.

Klimaneutrale Verwaltung im Kanton Basel-Stadt

Im Kanton Basel-Stadt wurde im Auftrag des Baudepartements und des Energieforums sun21 im Jahr 2005 eine Machbarkeitsstudie erstellt, welche aufgezeigt hat, ob das Ziel der klimaneutralen Verwaltung für die kantonale Verwaltung in einem Zeithorizont von 25 Jahren machbar und finanzierbar ist. Gemäss der Studie nutzt die Verwaltung des Kantons jährlich 391 GWh Energie und emittiert dabei rund 83'000 Tonnen Co₂. Über 80 % dieser Emissionen stammen aus den von der Verwaltung genutzten Gebäuden, die übrigen 20 % der Emissionen stammen aus der dienstlichen Mobilität sowie den BVB.

Gemäss der Studie ist es nicht möglich und auch nicht sinnvoll, alle aus der Verwaltung stammenden Co₂-Emissionen auf null zu reduzieren. Die Co₂-Neutralität kann nur mit einer Mischung aus Reduktionsmassnahmen in Basel-Stadt, dem Einsatz von erneuerbaren Energieträgern sowie Kompensationsprojekten im In- und Ausland erreicht werden. Die Autoren der Studie gehen von einem Finanzbedarf von CHF 250 Mio. im Laufe von 25 Jahren aus. Damit könnten eine Reduktion von 20 % der Emissionen in Basel erreicht sowie durch Investitionen im In- und Ausland die übrigen 80 % kompensiert werden.

Der Grosse Rat hat schliesslich am 25. Juni 2008 einem Rahmenkredit von CHF 33.5 Mio. für die Jahre 2008 bis 2015 zugestimmt. Der Rahmenkredit ergänzt die bereits bestehende kantonale Förderabgabe für energetische Sanierungen. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe wählt die geeigneten Projekte aus und hat inzwischen technische Standards für den Gebäudebereich verfasst. Mit den Standards wird im Wesentlichen das optimale Zusammenwirken von Gebäudehülle und Haustechnikanlagen angestrebt.



Die Gemeindeverwaltung verbraucht für das Heizen der öffentlichen Gebäude, für Elektrizität sowie für die Dienstfahrzeuge jährlich folgende Energiemengen¹:

Gebäude Wärme ²	- Fernwärme	2'500 MWh/a
	- Holzschnittzel	340 MWh/a
	- Erdgas	320 MWh/a
	- Heizöl	410 MWh/a
	- Total Wärmebedarf Gebäude	3'570 MWh/a
Gebäude Elektrisch	- Geräte, Licht	810 MWh/a
Öffentliche Beleuchtung	- Strom	650 MWh/a
Dienstfahrzeuge	- Treibstoffe Benzin, Diesel	1'220 MWh/a
	- Erdgas	26 MWh/a
	- Elektrische Fahrzeuge	15 MWh/a
Total gerundet		6'300 MWh/a

Die Darstellung zeigt, dass 57 % des Energiebedarfs fürs Heizen und Warmwasser benötigt werden. Weitere 13 % werden für Geräte (EDV, Kopierer usw.) und fürs Licht in den Gebäuden eingesetzt. 20 % werden für die Dienstfahrzeuge und 10 % für die öffentliche Beleuchtung benötigt. Das grösste Energiesparpotenzial liegt demnach im Gebäudebereich.

Bezüglich Co₂-Emissionen sind 50 % der Fernwärme (Anteil Geothermie) sowie Holzschnittzel klimaneutral. Zudem sind gemäss der Machbarkeitsstudie die Co₂-Emissionen von Elektrizität mit dem den Berechnungen zugrunde gelegten Basler Strommix (97 % Wasserkraft, 3 % CH-Mix) zwar nicht gleich null, aber mit einem Anteil von 3 % vernachlässigbar.

Nicht klimaneutral sind Heizöl, Erdgas sowie die Treibstoffe. Bei der Fernwärme wird nebst der Geothermie zudem Heizöl und Erdgas für die Spitzenabdeckung eingesetzt. Insgesamt sind rund 3'100 MWh/a oder 49 % der eingesetzten Energie klimaneutral. Für eine klimaneutrale Verwaltung müsste somit der Verbrauch um 3'200 MWh/a reduziert bzw. durch nachhaltige Projekte kompensiert werden.

¹ Berücksichtigt sind nicht nur jene Gebäude, welche für die Tätigkeiten der Verwaltung zur Verfügung stehen (z.B. Gemeindehaus, Werkhof), sondern auch jene Gebäude, welche eine öffentliche Funktion erfüllen (z.B. Musikschule, Haus der Vereine). Bei den Kindergärten sind nur die gemeindeeigenen Liegenschaften berücksichtigt. Nicht berücksichtigt sind die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie die kantonseigenen Primarschulgebäude).

² Die Angaben entsprechen dem Jahr 2007/2008 mit 3014 Heizgradtagen.



Seite 4 Die Gemeinde produziert folgende Co₂-freie bzw. neutrale Energiemengen oder kauft diese ein³:

Geothermie, gerundet	12'000 MWh/a
Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen öff. Gebäuden	55 MWh/a
Strombeschaffung Ecostrom: Wind, Sonne, Wasser	45 MWh/a
Holzschnitzel aus der Waldnutzung	1'750 MWh/a
Energiegewinnung aus Biomasse (Grüngutsammlung)	1'690 MWh/a
Total gerundet	15'000 MWh/a

Durch die Investition in die Produktion von Co₂-freien bzw. neutralen Energiemengen hat die Gemeinde ihren Co₂-belastenden Energieverbrauch mehr als kompensiert.

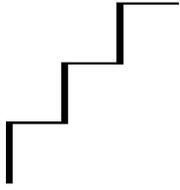
Strategie des Gemeinderats

Die Verleihung des Energy Awards Gold an Riehen ist eine Bestätigung dafür, dass die Gemeinde schon sehr viel Positives im Energiebereich und damit indirekt auch für den Klimaschutz geleistet hat. Dies gilt aber vor allem im Bereich der Energieproduktion. Hingegen besteht noch ein Potenzial, den Energieverbrauch im Gebäudebereich durch energetische Massnahmen und Sanierungen weiter zu senken.

Im Politikplan 2010 bis 2013 ist unter den Handlungsschwerpunkten der kommenden Jahre festgehalten, dass die Nutzung der erneuerbaren Energien verstärkt werden soll. Zudem wird ein Schwerpunkt bei der energetischen Sanierung von Gebäuden gelegt. Dies steht im Einklang zum Energiekonzept der Gemeinde, worüber dem Einwohnerrat im Jahr 2008 ein Zwischenbericht zur Kenntnis gebracht wurde. Nebst den bereits beschriebenen Schwerpunkten sollen gemäss Konzept folgende Massnahmen weiterverfolgt werden:

- Im Zuge der Strommarktliberalisierung soll der Stromverbrauch für die öffentlichen Liegenschaften aus möglichst nachhaltiger Produktion beschafft werden. So könnte z.B. für die Verwaltungsgebäude und die öffentliche Beleuchtung IWB'Regiostrom bezogen werden. Er wird vollständig erneuerbar und in regionalen Anlagen produziert. Mit dem Zuschlag von 2 Rp./kWh werden ausserdem Umwelt- und Naturschutzprojekte in der Region Basel gefördert.
- Bei der Beschaffung von Papier, Bürogeräten, Baumaterialien, Fahrzeugen und Treibstoff sollen ökologische Aspekte beachtet werden. Es soll für die Gemeinde eine entsprechende Einkaufsrichtlinie geschaffen werden (siehe Anzugsbeantwortung Roland Lötscher betreffend faire und verantwortungsvolle Einkaufs- und Beschaffungspolitik vom 22. Dezember 2009).

³ Referenzjahr 2008



Seite 5 Alle diese Massnahmen helfen mit, sparsam mit den vorhandenen Energieträgern und Ressourcen umzugehen und die Co₂-Emissionen weiter zu senken.

Antworten auf die Fragen des Anzugstellers

Die Gemeinde Riehen weist insbesondere dank der Geothermie-Nutzung bereits eine sehr gute Klimabilanz auf. Trotzdem will man noch besser werden. Der Gemeinderat hat weitere Beiträge zur Reduktion der Klimaerwärmung als Schwerpunkt in seinen Politikplan aufgenommen. Einerseits wird durch das bereits in Ausführung stehende Projekt Wärmeverbund Riehen Plus die Nutzung der Geothermie erheblich erhöht. Andererseits wird die energetische Sanierung von Gebäuden weiter vorangetrieben (siehe auch Anzugsbeantwortung David Atwood betreffend energetische Sanierung von gemeindeeigenen Liegenschaften vom 22. Dezember 2009).

Dem Einwohnerrat wird beantragt, den Anzug **abzuschreiben**.

Riehen, 22. Dezember 2009

Gemeinderat Riehen

Der Präsident:

Handwritten signature of Willi Fischer in black ink.

Willi Fischer

Der Gemeindeverwalter:

Handwritten signature of Andreas Schuppli in black ink.

Andreas Schuppli